

Ratsfraktion Die Linke

Christmann, Tobias
Wilhelm, Kevin

Ratsfraktion FDP

Schöll, Christoph

Stv. Behindertenbeauftragter

Seuling, Joachim

Stadtvorstand

Bürgermeisterin Ulrike Mohrs
Beigeordnete PD Dr. Margit Theis-Scholz
Beigeordneter Bert Flöck

Verwaltung

Amt 20/Kämmerei und Steueramt

Grings, Rainer
Endres, Andreas
Löwen, Jakob
Benz, Yannick
Böckling, Frank
Müller, Timo
Necknig, Martina (per Videokonferenz)
Scheid, Lukas

**Amt 10/Amt für Personal und
Organisation**

Kux, Stefan
Elbert, Marc
Schwermer, André

Karbach, Marco (Ratsbüro)

Im Tagungsraum 6 der Rhein-Mosel-Halle:

Metten-Golly, Perry (Büroleiter OB)
Frau Körner, Büro OB (Klimaschutz)
Pfeffer, Jörg (Dezernatsbüro FB 02)
Stein, Christian (Dezernatsbüro FB 04)

Amt 65/Zentrales Gebäudemanagement:

Kroh, Hubert
Schach, Michael

**Amt 10/Amt für Personal und
Organisation:**

Weber, Dominik

Per Video-/Telefonkonferenz:

Zuschaltung von Fachdienststellen erfolgte
bei Bedarf

Protokollführung Amt 20/Kämmerei und Steueramt:

Anwesenheit	Löwen, Jakob
Allgemeine Einführung	Löwen, Jakob/ Scheid, Lukas
Teilhaushalt 01 „Innere Verwaltung“	Scheid, Lukas/ Necknig, Martina
Teilhaushalt 02 „Bürgerdienste“	Necknig, Martina
Teilhaushalt 03 „Umwelt“	Necknig, Martina
Teilhaushalt 04 „Wirtschaft“	Benz, Yannick
Teilhaushalt 05 „Sicherheit und Ordnung“	Müller, Timo
Teilhaushalt 06 „Soziales und Jugend“	Benz, Yannick
Teilhaushalt 07 „Sport“	Necknig, Martina
Teilhaushalt 08 „Schulen“	Scheid, Lukas
Teilhaushalt 09 „Kultur“	Müller, Timo
Teilhaushalt 10 „Bauen, Wohnen und Verkehr“	Löwen, Jakob/ Scheid, Lukas/ Benz, Yannick/ Böckling, Frank
Teilhaushalt 11 „Zentrale Finanzleistungen“	Löwen, Jakob
Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe	Böckling, Frank

Sitzungsverlauf: **Montag, 23.11.2020: Beginn 08:00 Uhr, Ende 18:00 Uhr**
 Dienstag, 24.11.2020: Beginn 08:00 Uhr, Ende 18:00 Uhr
 Freitag, 27.11.2020: Beginn 08:00 Uhr, Ende 18:00 Uhr

Die Tagesordnung wird wie folgt abgewickelt:

T a g e s o r d n u n g:

Punkt 1: Beratung und Beschlussfassung über den Haushaltsplanentwurf 2021 einschließlich Wirtschaftspläne und Stellenplan
 Vorlage: BV/0781/2020

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Allgemeines:

Oberbürgermeister Langner eröffnet die Sitzung und weist auf den von der Verwaltung erstellten zeitlichen Ablaufplan hin. Unter Verweis auf seine Haushaltsrede im Stadtrat am 29.10.2020 konnte infolge der Corona-Pandemie erstmals seit Jahren nur ein unausgeglichener Haushaltsplanentwurf vorgelegt werden. Um in Zukunft handlungsfähig sein zu können, sind wieder Haushaltskonsolidierungen und mithin eine hohe Haushaltsdisziplin erforderlich. Oberbürgermeister Langner macht daher den Vorschlag, entsprechende Einsparvorschläge bei der Beantragung von neuen oder zusätzlichen Mitteln zu unterbreiten.

Amtsleiter Grings (Kämmerei und Steueramt) stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 1**) die aktuellen Eckwerte des Haushaltsplanentwurfs 2021 vor. Hierin werden auch die Auswirkungen der sich zwischenzeitlich ergebenden Nachmeldungen seit Einbringung des Etatentwurfs 2021 deutlich gemacht.

Darüber hinaus stellt Amtsleiter Kux (Amt für Personal und Organisation) ebenfalls anhand einer PowerPoint-Präsentation (**Anlage 2**) die Entwicklungen bei den Personalkosten vor.

Ratsmitglied Dr. Kleemann (Die Grünen) stellt seine Auswertung zu den Stellenplänen der vergangenen Jahre und der Entwicklung der Personalkosten vor. Es wird sich insbesondere mit der Thematik auseinandergesetzt, ob die Eckwertebeschlüsse umgesetzt werden, Sparbemühungen erkennbar sind, Stellenzuwächse transparent begründet werden, ein Personalkostencontrolling stattfindet. Der Vortrag wurde im Anschluss zur Verfügung gestellt (**Anlage 3**).

Oberbürgermeister Langner weist darauf hin, dass in den Stellenplanberatungen die einzelnen Punkte erörtert werden sollen.

Im Verlaufe der dreitägigen Haushaltsberatungen 2021 sowie der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 07.12.2020 ergaben sich verschiedene Arbeitsaufträge an die Verwaltung, welche noch von der Verwaltung abzarbeiten sind. Eine Übersicht aller Arbeitsaufträge ist diesem Protokoll als **Anlage 4** beigelegt. Die dort aufgeführten Punkte sind in diesem Protokoll nicht noch einmal aufgeführt.

Des Weiteren ist die Stellungnahme der Verwaltung über die Anhörung der Ortsbeiräte zum Haushaltsplanentwurf 2021 als **Anlage 5** diesem Protokoll beigelegt.

Konsumtiver Haushalt:

Teilhaushalt 01 – Innere Verwaltung

Produkt 1114 (Gremien), Seite 112

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) erfragt den Sachstand zur Einführung des Livestreamings für Gremiensitzungen. Herr Karbach (Leiter Ratsbüro) erläutert, dass im kommenden Jahr hierzu ein Grundsatzbeschluss getroffen werden muss.

Produkt 5543 (Klimaschutz), Seite 117

Fraktionsvorsitzender Antpöhler-Zwiernik (Linke) fragt, ob neben Kennzahlen zur Quantität auch solche zur Qualität des Klimaschutzes im Haushaltsplan dargestellt werden können. Oberbürgermeister Langner weist darauf hin, dass hierzu zunächst mit Frau Körner (Klimaschutzbeauftragte) eine Datengrundlage zu schaffen sei, die dann in den Gremien vorgestellt werde. Er schlägt vor, von einem Ausweis entsprechender Kennzahlen im Haushalt abzusehen.

Produkt 1116 (Gleichstellung), Seite 121

Ratsmitglied Martin Martorell (Die Grünen) regt an, die Ziele in diesem Produkt um die Aufgabe der Gleichstellungsstelle als Kontaktstelle für Diskriminierungsfragen zu ergänzen. Fraktionsvorsitzender Antpöhler (Linke) ergänzt, auch die Thematik Queer solle klarer formuliert werden.

Produkt 1121 (Personalwirtschaft), Seite 135

Ratsmitglied Dr. Kleemann (Die Grünen) regt an, bei den Kennzahlen „Anzahl Mitarbeiter/-innen Kernverwaltung“ und „Anzahl Mitarbeiter/-innen Eigenbetriebe“ den erwarteten kontinuierlichen Anstieg in den Planjahren 2022 bis 2024 zu hinterfragen. Amtsleiter Kux

(Amt für Personal und Organisation) sagt dies grundsätzlich zu. Er weist ergänzend darauf hin, dass Prüfungen zum Stellenplan unabhängig von diesen Kennzahlen stattfinden.

Produkt 1131 (Organisation), Seite 142 f.

Ratsmitglied Dr. Kleemann (Die Grünen) bittet um Erläuterung zu den im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöhten Personal- und Versorgungsaufwendungen. Amtsleiter Kux (Amt für Personal und Organisation) führt aus, dass die Erhöhung auf eine Änderung der Kostenstellenstruktur und der damit verbundenen Umverteilung von Gemeinkosten zurückzuführen ist. Im Produkt 1145 (Zentrale Dienst) seien niedrigere Aufwendungen zu verzeichnen. Herr Kux sagt für den kommenden Etat zu, Veränderungen der Personal- und Versorgungsaufwendungen umfassender zu erläutern.

Ratsmitglied Dr. Kleemann (Die Grünen) bittet außerdem, bei den Kennzahlen „Anzahl Stellen der Ämter und Stabsstellen“ und „Anzahl Stellen der Eigenbetriebe“ den erwarteten kontinuierlichen Anstieg in den Planjahren 2022 bis 2024 zu hinterfragen (siehe Produkt 1121).

Produkt 1145 (Zentrale Dienste), Seite 146

Fraktionsvorsitzender Schupp (WGS) beantragt, Niederschriften nur noch digital zu versenden. Oberbürgermeister Langner weist darauf hin, dass dieser Antrag im Haupt- und Finanzausschuss nicht abschließend behandelt werden kann. Es findet folglich keine Abstimmung statt.

Produkt 1161 (Finanzverwaltung)

Fraktionsvorsitzender Schupp (WGS) regt an, der Stadtvorstand solle über den Städtetag auf die Landesregierung einwirken, um Schreiben zukünftig rechtssicher per E-Post versenden zu können.

Teilhaushalt 02 – Bürgerdienste

Keine Anträge

Teilhaushalt 03 – Umwelt

Keine Anträge

Teilhaushalt 04 – Wirtschaft

Produkt 5118 (BUGA 2029), Seite 228

Ratsmitglied Altmaier (FW) regt an, eine Stelle (Projektkoordinator) für die BUGA 2029 einzurichten. Oberbürgermeister Langner entgegnet darauf, dass diese Angelegenheit in den Stellenplanberatungen aufgerufen werden soll.

Teilhaushalt 05 – Sicherheit und Ordnung

Produkt 1118 (Migration und Integration), Seite 259

Ratsmitglied Martin Martorell (Die Grünen) berichtet davon, dass die Fördermittel für das Projekt GeKOS auslaufen, die Familienbildungsstätte dieses jedoch gerne weiterführen will. Sie betont, wie wichtig dieses Integrationsprojekt für die Schüler und Lehramtsstudenten sei. Daraufhin stellt sie den Antrag, dass die Stadt Koblenz die Kostenaufstellung der Familienbildungsstätte dahingehend überprüfen soll, ob das Projekt mit Hilfe der Stadt weitergeführt werden kann.

Abstimmungsergebnis: allgemeines Einverständnis

Produkt 1221 (Sicherheit und Ordnung), Seite 268

Fraktionsvorsitzender Schupp (WGS) regt an, künftig auch eine Kennzahl „Anteil der Bürger, die sich nachts immer sicher im Stadtgebiet fühlen in %“ im Produkt auszuweisen.

Weiterhin beantragt er den Ansatz für Schutzkleidung wieder auf das Vorjahresniveau (70.600 Euro) anzuheben. Gleichzeitig soll auf leichtere Schutzwesten umgestellt werden, wie dies beispielsweise bei der Polizei der Fall ist.

Bürgermeisterin Mohrs berichtet, dass im kommunalen Vollzugsdienst andere Schutzwesten als bei der Polizei notwendig sind. Hintergrund ist, dass die längeren und schwereren Westen im Vollzugsdienst insbesondere vor Stichwaffen schützen müssen. Bei der Polizei gewährleisten die dünneren und leichteren Varianten in erster Linie einen Schutz vor Schüssen.

Weiterhin teilt Frau Mohrs mit, dass man derzeit bereits auf der Suche nach leichteren Westen sei, welche den Anforderungen des kommunalen Vollzugsdienstes gerecht werden. In Folge der Ausführungen findet keine Abstimmung statt.

Produkt 1229 (Unterbringungscoordination, Aufenthalt und Asyl), Seite 271

Ratsmitglied Altmaier (FW) beantragt, die Mittel in Höhe von 990.000 Euro für den Sicherheitsdienst in den Unterkünften zu streichen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Produkt 1231 (Verkehrsüberwachung), Seite 274

Fraktionsvorsitzender Schupp (WGS) berichtet von regelmäßigen Geschwindigkeitsüberschreitungen am Berliner Ring (Bereich EKZ) auf der Karthause, weshalb er eine Geschwindigkeitsmessanlage beantragt.

Bürgermeisterin Mohrs sagt zu, hier mit der mobilen Geschwindigkeitsmessanlage Kontrollen durchzuführen. Daher findet keine Abstimmung über den Antrag statt.

Weiterhin regt Herr Schupp aufgrund rückläufiger Erträge im Produkt an, dass grundsätzlich wieder mehr Strafzettel geschrieben und dafür weniger abgeschleppt werden soll.

Oberbürgermeister Langner entgegnet darauf, dass die Bürger nicht „abgezockt“ werden sollen und daher der Fokus mehr auf die Sicherheit (z. B. Feuerwehrzufahrten) gelegt wurde.

Teilhaushalt 06 – Soziales und Jugend

Produkt 3311 (Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege), Seite 376

Ratsmitglied Martin Martorell (Die Grünen) beantragt (gemeinsamer Antrag Die Grünen, SPD und Linke), dass die aufsuchende Sozialarbeit am Bahnhofplatz um ein weiteres Jahr verlängert werden soll. Es sollen zusätzliche Mittel (2021 = 42.000 Euro und 2022 = 42.000 Euro) etatisiert werden.

Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer (CDU) und Fraktionsvorsitzender Schupp (WGS) unterstützen den Antrag.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Produkt 3621 (Jugendarbeit), Seite 400

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) beantragt, zusätzliche Mittel in Höhe von 50.000 Euro für die Honorarkräfte der mobilen Jugendarbeit bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Produkt 3651 (Tageseinrichtungen für Kinder)

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) regt an, für die Haushaltsplanung 2022 die Kennzahlen (Anzahl Kita-Plätze) in der Mittelfristplanung entsprechend der Kitabedarfsplanung anzupassen.

Produkt 3661 (Einrichtungen der Jugendarbeit), Seite 420

Fraktionsvorsitzender Schupp (WGS) beantragt, eine zusätzliche Stelle für das Jugend- und Bürgerzentrum auf der Karthause für den Bereich Jugendarbeit einzurichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Ratsmitglied Wilhelm (Linke) beantragt, die Aufwendungen für die Jugendbegegnungsstätte Haus Metternich von bisher 178.900 Euro auf 250.000 Euro zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: keine Abstimmung erfolgt

Teilhaushalt 07 – Sport

Produkt 4241 (Sportstätten und Bäder), Seite 444

Ratsmitglied Bohn (CDU) beantragt, Mittel in Höhe von 70.000 Euro für die Errichtung von zusätzlichen Parkplätzen am Sportplatz Niederberg zu etatisieren.

Bürgermeisterin Mohrs führt aus, dass derzeit verschiedene Möglichkeiten geprüft werden, die zu unterschiedlich hohen Kosten führen würden (Schotterfläche oder Asphalt), ggfls. wäre auch der Ankauf einer Grundstücksfläche erforderlich. Infolge dieser Ausführungen findet keine Abstimmung über den zuvor gestellten Antrag statt.

Weiterhin beantragt Ratsmitglied Bohn (CDU), Mittel in Höhe von 10.000 Euro für die Anschaffung von Defibrillatoren für Sporthallen und Schulen bereitzustellen. Kulturdezernentin PD Dr. Theis-Scholz verweist auf einen früheren Antrag, Schulen mit

Defibrillatoren auszustatten. Ihrer Erinnerung nach, sei damals ein möglicher Missbrauch an Schulen thematisiert worden.

Die Fraktionsvorsitzenden Schumann-Dreyer (CDU) und von Heusinger (Die Grünen) berichten von einem lebensbedrohlichen Vorfall und bitten um erneute Prüfung. Bürgermeisterin Mohrs sagt zu, dass zusammen mit dem Zentralen Gebäudemanagement geprüft wird, wo die Ausstattung mit Defibrillatoren machbar ist. Für den Haushalt 2022 werde ein entsprechendes Konzept erstellt. Über den zuvor gestellten Antrag wurde nicht abgestimmt.

Abschließend beantragt Ratsmitglied Bohn (CDU), Planungsmittel in Höhe von 20.000 Euro für die Sanierung der Schießhalle Horchheim zu etatisieren. Bürgermeisterin Mohrs erläutert, dass für die Umsetzung dieser Maßnahme derzeit von Kosten in Höhe von ca. 500.000 Euro ausgegangen werde. Der Verein sei auch gefordert, einen Beitrag zu leisten.

Baudezernent Flöck führt aus, dass beim Produkt „Zentrales Gebäudemanagement“ entsprechende Planungsmittel zur Verfügung stehen, er weist dabei auch auf die notwendige Unabweisbarkeit der Maßnahme hin. Baudezernent Flöck regt an, nach einer genaueren Ermittlung der Kosten, für den Etat 2022 zu prüfen, inwieweit Mittel einzustellen sind. Nach diesem Vorschlag wurde über den zuvor gestellten Antrag nicht abgestimmt.

Teilhaushalt 08 – Schulen

Keine Anträge

Teilhaushalt 09 – Kultur

Produkt 2811 (Heimat- und Kulturpflege), Seite 501

Ratsmitglied Wilhelm (Linke) beantragt die Einrichtung eines Rettungsschirms für Kulturschaffende in Höhe von 250.000 Euro. Zur Gegenfinanzierung schlägt er die Einführung einer Bettensteuer vor.

Fraktionsvorsitzender Schupp (WGS) teilt mit, dass er den Antrag unterstützt, jedoch gegen die Einführung einer Bettensteuer sei.

Der Fraktionsvorsitzende von Heusinger (Die Grünen) rät an, das Thema „Bettensteuer“ noch gesondert zu diskutieren.

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) bringt in die Diskussion mit ein, dass der Empfängerkreis unklar sei und man auch Schausteller, Selbstständige usw. unterstützen müsse. Die Einführung einer Bettensteuer hält sie für eine zusätzliche Belastung für das ohnehin schon unter der Corona-Pandemie leidende Hotelgewerbe.

Ratsmitglied Altmaier (FW) bekundet, dass die Idee von Herrn Wilhelm Charme habe. Er hinterfragt jedoch, ob 250.000 Euro helfen werden. Auch er geht davon aus, dass die Einführung einer Bettensteuer in der aktuellen Situation zu Frustration führen wird.

Neben der aktuell schwierigen Situation für das Hotelgewerbe, nennt Ratsmitglied Ackermann (Die Grünen) noch als weiteres Gegenargument, dass die Einführung einer Bettensteuer mit zusätzlichem Verwaltungsaufwand einhergehe.

Ratsmitglied Bourry (Die Grünen) betont, dass ihre Partei für Kulturförderung sei, aber die Veranschlagung von 250.000 Euro ohne jegliches Konzept keinen Sinn mache. Zusätzlich argumentiert sie, dass der Haushalt erst spät rechtskräftig wird und die Mittel entsprechend erst später im Jahr ausgezahlt werden können.

Aufgrund des Fehlens eines Konzeptes subsummiert Ratsmitglied Schöll (FDP), dass sich die Diskussion nicht lohne und bittet um Abstimmung über den Antrag,

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Produkt 2711 (Volkshochschule), Seite 558

Ratsmitglied Bourry (Die Grünen) beantragt zusätzliche Mittel für Anschaffungen im Rahmen der Digitalisierung in Höhe von 30.000 Euro.

Oberbürgermeister Langner berichtet, dass die VHS derzeit eine Konzeption hinsichtlich der strategischen Ausrichtung der VHS erarbeitet und regt an, dieses Konzept abzuwarten. Hieran werde man dann den Bedarf ableiten können und für den Haushalt 2022 erforderliche Mittel etatisieren.

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt

Produkt 2511 (Mittelrhein-Museum), S. 566

Ratsmitglied Altmaier (FW) beantragt die Zeilen 5 (Privatrechtliche Leistungsentgelte) und 10 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) um jeweils 20.000 Euro zu erhöhen. Er führt aus, dass dem Museum mehr Mittel für Ausstellungen zur Verfügung gestellt werden sollen und diese durch daraus resultierende Mehrerträge bei den Eintrittsgeldern gegenfinanziert werden.

Ratsmitglied Sauer (SPD) merkt an, dass es reine Spekulation sei, ob die Mehraufwendungen durch Mehrerträge wieder zurückfließen.

Herr von der Bank (Leitung Mittelrhein-Museum) bestätigt die Vermutung von Ratsmitglied Sauer und teilt mit, dass die Mehraufwendungen für Ausstellungen nicht in voller Höhe durch Eintrittsgelder gegen zu finanzieren sind.

Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt

Teilhaushalt 10 – Bauen, Wohnen und Verkehr

Produkt 5211 (Bau- und Grundstücksordnung), Seite 605

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) regt an, die Kennzahl „Anzahl Bauanträge“ noch einmal zu überprüfen, da diese über die Planjahre 2021-2024 konstant bleibe. Baudezernent Flöck und Amtsleiter Hastenteufel sagen dies grundsätzlich zu, weisen jedoch auch auf die Schwierigkeit hin, dass die Kennzahl nicht zwischen größeren und kleineren Bauanträgen unterscheidet, sodass die Steuerungsfunktion und die Planbarkeit der Kennzahl problematisch sein können.

Fraktionsvorsitzender Schupp (WGS) regt an, über den Städtetag auf eine Gesetzesänderung hinzuwirken, durch die öffentliche Bekanntmachungen auch digital möglich werden.

Produkt 1144 (Zentrales Gebäudemanagement), Seite 668

Baudezernent Flöck trägt vor, dass im nächsten Jahr mehrere größere Maßnahmen u. a. in Schulen, Sporthallen, Kindertagesstätten, beim Stadttheater, aber auch der Neubau des Betriebshofes im Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen und der Neubau des Labors im Eigenbetrieb Stadtentwässerung anstehen. Es sind vom ZGM 110 Einzelmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 48 Mio. Euro zu bearbeiten. Davon entfallen auf die allgemeine Gebäudeunterhaltung 3,5 Mio. Euro für ca. 3.000 Einzelaufträge, die im Ansatz 2021 berücksichtigt sind.

Die energetische Gebäudesanierung soll effizient umgesetzt werden. Im Klimaschutzteilkonzept wurden 86 Gebäude identifiziert, die noch umfassend energetisch zu sanieren sind.

Für 68 städtische Gebäude wurden hierzu individuelle Gebäudebewertungen erstellt. Die Kosten für 280 Maßnahmen betragen rd. 38 Mio. Euro. Die Maßnahmen können teilweise kurzfristig oder aber nur über einen längeren Zeitraum von 4 bis 10 Jahren realisiert werden können.

In der Haushaltsplanung 2021 sind 16 neue Maßnahmen berücksichtigt, wovon 13 Projekte in den Schulen geplant sind.

Der Haushaltsansatz 2021 enthält rd. 1,8 Mio. Euro für energetische Maßnahmen, die bereits dem Klimaschutzteilkonzept zugeordnet werden können (u. a. Dachsanierung Ludwig-Museum, energetische Sanierungen an der Grundschule Kesselheim, Eichendorff-Gymnasium und Max-von-Laue-Gymnasium).

Baudezernent Flöck beabsichtigt, nach abgeschlossener Diskussion im Ausschuss, die im Klimaschutzteilkonzept „Klimaschutz in eigenen Liegenschaften und Portfoliomanagement“ geplanten energetischen Gebäudesanierungen, die bisher noch nicht bei der Haushaltsplanung 2021 berücksichtigt sind, in einen Zeitplan für die nächsten 4 Jahre zu bringen (Finanzvolumen: 36 Mio. Euro). Das Konzept ist nachfolgend im Haupt- und Finanzausschuss vorzustellen.

Fraktionsvorsitzender von Heusinger (Die Grünen) regt an, für die ersten zehn Maßnahmen des Gutachtens Planungsmittel in 2021 zu etatisieren. Er kritisiert, dass das Stadttheater erst in 2024 energetisch saniert werden soll.

Im Rahmen der Diskussion über die Realisierung von energetischen Maßnahmen und notwendiger CO₂-Einsparungen bemerkt Baudezernent Flöck, dass 24 Stellen (überwiegend Ingenieurstellen) beim ZGM nicht besetzt sind. Die Schaffung zusätzlicher Stellen im ZGM sei daher nicht zielführend. Die Installation von 40 Photovoltaikanlagen könne nicht kurzfristig durchgeführt werden.

Ratsmitglied Ackermann (Die Grünen) regt an, zur Realisierung von Photovoltaikanlagen die evm einzubeziehen. Allerdings seien die Angebote der evm auf dem Markt für die Stadt Koblenz nicht akzeptabel. Daher könne die Gründung einer GmbH für die Kommunen durch die evm zielführend sein, um günstige Preise für Photovoltaik- und Heizungsanlagen anbieten kann.

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) regt an, Haushaltsmittel für die Toilettenanlagen in Lützel, Ehrenbreitstein (Markt/Veranstaltungen) und in Neuendorf (Grillwiese) zu etatisieren. Sie schlägt vor in den Jahren 2022 bis 2024 jährlich ein Projekt zu realisieren.

Nach Aussage von Baudezernent Flöck erfordert die Sanierung der Toilettenanlage in Lützel einen niedrigen sechsstelligen Betrag. Ggf. kann die Toilettenanlage in Lützel in Abstimmung mit dem Ministerium noch in das IDEK (Integriertes städtebauliche Entwicklungskonzept) im Rahmen des Stadtgrün Koblenz-Lützel einbezogen werden. Die Maßnahmenliste in Zeile 10 des Produktes 1144 „Zentrales Gebäudemanagement“ ist nach den Ausführungen des Baudezernenten um das Projekt „Planungsmittel Toilettenanlage Lützel“ zu ergänzen.

Für die schon seit längerem diskutierte, und bisher abgelehnte Errichtung einer Toilettenanlage in Ehrenbreitstein sowie die gewünschte Anlage auf der Grillwiese in Neuendorf sind grundlegende Ratsbeschlüsse erforderlich.

Auf Nachfrage des Fraktionsvorsitzenden von Heusinger (Die Grünen) sagt die Verwaltung zu, die im Haushaltsplan ausgewiesenen Kennzahlen zu den Energieverbräuchen „Strom und Wärme“, unter Berücksichtigung der Maßnahmen des Klimaschutzteilkonzeptes, in der Haushaltsplanung 2022 anzupassen.

Produkt 1233 (Straßenverkehrsbehörde, Seite 680)

Fraktionsvorsitzender Schupp (WGS) weist daraufhin, dass die Geschwindigkeitstafeln am Berliner Ring nicht mehr funktionieren und die Batterien ausgetauscht werden müssen.

Baudezernent Flöck sichert zu, dass im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Kontrollen die Geschwindigkeitsanzeigetafeln am Berliner Ring überprüft werden.

Produkt 5511 (Öffentliches Grün), Seite 766

Ratsmitglied Rosenbaum (CDU) beantragt, dass der Ansatz für den "Anteil Grünanlagen auf Friedhöfen" um 100.000 Euro erhöht wird. Die zusätzlichen Mittel sollen das äußere Erscheinungsbild der Friedhöfe verbessern. Werkleiter Drechsler bestätigt, dass zurzeit sehr viele Urnenbestattungen stattfinden und dadurch größerer Frei- und Randflächen für öffentliches Grün zur Verfügung stehen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Fraktionsvorsitzender Antpöhler-Zwiernik (Linke) beantragt, dass zusätzliche Mittel in Höhe von 50.000 Euro für das Projekt "Essbare Stadt" bereitgestellt werden. Die „Essbare Stadt“ hat einen klimafreundlichen Aspekt und bundesweit eine positive Resonanz erhalten. Bei Pflanzung von Kirsch- oder Apfelbäume, können die Bürger der Stadt Koblenz daran partizipieren.

Oberbürgermeister Langner fragt nach, ob Pflanzungen von Obstbäumen im Stadtgebiet schon vorgesehen sind.

Werkleiter Drechsler (Eigenbetrieb Grünflächen- und Bestattungswesen) erläutert, dass im Außenbereich schon das Potenzial besteht, Obstbäume zu pflanzen und somit auch gleichzeitig der Erhalt der Insekten gefördert wird. Auch im Rahmen der soziale Stadt Neuendorf besteht die Möglichkeit, Obstbäume zu pflanzen.

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) findet es wichtig zu wissen, an welchen Standorten Blüten- bzw. Obstbäume im öffentlichen Raum gepflanzt werden können. Baudezernent Flöck macht darauf aufmerksam, dass die Pflanzung von Obstbäumen nicht zu verwechseln ist mit der Marke "Essbare Stadt" und dass der bisherige Ansatz für Baumpflanzungen im Haushalt ausreichend sei.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

Teilhaushalt 11 – Zentrale Finanzleistungen

Keine Anträge

Investiver Haushalt:

Teilhaushalt 01 – Innere Verwaltung

Keine Anträge

Teilhaushalt 02 – Bürgerdienste

Keine Anträge

Teilhaushalt 03 – Umwelt

Keine Anträge

Teilhaushalt 04 – Wirtschaft

Keine Anträge

Teilhaushalt 05 – Sicherheit und Ordnung

Keine Anträge

Teilhaushalt 06 – Soziales und Jugend

Q500002 Spiel- und Bolzplätze, Seite 423

Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer (CDU) beantragt, zusätzliche Mittel in Höhe von 60.000 Euro für die Verschattung von Spielplätzen bereitzustellen.

Bürgermeisterin Mohrs erläutert, dass bereits in 2020 verschiedene Spielplätze verschattet wurden. Ein weiterer Bedarf für die Verschattung von Spielplätzen im Jahr 2021 wird aktuell nicht gesehen.

Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer (CDU) zieht aufgrund der Erläuterungen von Bürgermeisterin Mohrs den Antrag zurück.

Teilhaushalt 07 – Sport

Keine Anträge

Teilhaushalt 08 – Schulen

Keine Anträge

Teilhaushalt 09 – Kultur

Keine Anträge

Teilhaushalt 10 – Bauen, Wohnen und Verkehr

P621028 Schaffung von Wohnraum, Seite 663

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) beantragt, die nicht verausgabten Mittel 2020 in Höhe von 2 Mio. Euro für den Haushalt 2021 neu zu veranschlagen.

Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer (CDU) und Fraktionsvorsitzender von Heusinger (Die Grünen) unterstützen den Antrag.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

P621032 Renaturierung/Revitalisierung Teiche Remstecken, Seite 664

Ratsmitglied Otto (CDU) beantragt, für die Renaturierung und Revitalisierung der Teiche im Forstrevier Remstecken in 2021 Planungsmittel in Höhe von 50.000 Euro und in 2023 zur Umsetzung der Maßnahme Mittel von 350.000 Euro zu veranschlagen.

Baudezernent Flöck stellt dar, dass erst nach der durchgeführten Planung eine Aussage getroffen werden kann, ob die Teiche nach der Renaturierung/Revitalisierung für das Ökokonto bzw. als Ausgleichsflächen herangezogen werden können. Baudezernent Flöck macht den Vorschlag, für 2021 Planungsmittel von 30.000 Euro zu etatisieren. Des Weiteren wird von der Verwaltung geprüft, ob Fördermittel für diese Maßnahme akquiriert werden können. Hiergegen ergibt sich kein Widerspruch.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen (Planungsmittel von 30.000 Euro in 2021)

Q660012 Verkehrsverbessernde Maßnahmen Radwege, Seite 726

Fraktionsvorsitzender von Heusinger (Die Grünen) beantragt, das Budget für die Verbesserung von Radwegen um 200.000 Euro auf 300.000 Euro zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich beschlossen

P661063 Naturnaher Ausbau Eselsbach, Seite 742

Fraktionsvorsitzender Schupp (WGS) verweist auf den Streichungsvorschlag des Ortsbeirates Arenberg/ Immendorf und beantragt, die Mittel für die Renaturierung des Eselsbaches in der Weikertswiese (3. BA) zu streichen. Der 3. BA soll nicht weiterverfolgt werden. Alternativ wird beantragt, einen Freigabevorbehalt Haupt- und Finanzausschuss im Projekt vorzusehen.

Herr Kaufmann (Eigenbetrieb Stadtentwässerung) führt klarstellend aus, dass der Abschnitt 3 (Weikertswiese) zunächst zurückgestellt wurde und nicht Gegenstand der Haushaltsberatungen 2021 ist. Der Haushaltansatz 2021 in Höhe von 465.000 Euro ist für die Umsetzung der bereits beschlossenen Renaturierung des Gewässers im Abschnitt 2 vorgesehen ist. Die Renaturierung wird vom Land RLP über die "Aktion blau" zu 90 % gefördert. Die Realisierung ist noch abhängig von der Grundstücksverfügbarkeit. Die Grunderwerbs-/Entschädigungsverhandlungen sind im Gange. Der Planansatz 2022 in Höhe von 700.000 Euro ist für die Ausbaumaßnahme der Eselsbachverrohrung im Abschnitt 4 "Silberstraße". Zu den abschnittsbezogenen Maßnahmen erhält der Ortsbeirat in seiner nächsten Sitzung weitere Information über den Sachstand und die beabsichtigte Vorgehensweise der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis: keine Abstimmung

P661071 Restausbau Gulisastraße, Seite 742

Ratsmitglied Rosenbaum (CDU) beantragt, unter Verweis auf den Änderungsvorschlag des Ortsbeirates Güls, den Restausbau der Gulisastraße bereits ab dem Haushaltsjahr 2021 umzusetzen. Hierfür sollen, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, Zahlungsmittel in 2021 in Höhe von 100.000 Euro und eine Verpflichtungsermächtigung 2021 in Höhe von 1,192 Mio. Euro (Kassenwirksamkeit in 2022 = 800.000 Euro und 2023 = 392.000 Euro) veranschlagt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

P661180 Verbesserung Saarplatzkreisel, Seite 756

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) beantragt, den Erläuterungstext dahingehend anzupassen, dass neben der Verbesserung des Rad- und Fußgängerverkehrs ebenfalls der ÖPNV miteinbezogen wird.

Abstimmungsergebnis: allgemeines Einverständnis

P661187 Neubau Teilstück Brentanostr. mit Hangsicherung, Seite 759

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) stellt unter Bezugnahme auf den Erläuterungstext im Projekt, wonach aufgrund des schlechten Straßenzustandes der Hang abzurutschen droht und der Kindergarten sich direkt darunter befindet, zur Debatte, ob ein Vorziehen der Maßnahme nach 2021 erforderlich ist.

Baudezernent Flöck weist daraufhin, dass durchgeführte Untersuchungen auf keine akute Gefahr hingewiesen haben. Es müssen noch umfangreiche Abstimmungen erfolgen und die Planung fertiggestellt werden. Sofern eine akute Gefahr droht, wird die Maßnahme umgehend vorgezogen.

P66Neu Parkraumbewirtschaftung Goldgrube (Seite 763)

Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer (CDU) beantragt, einen Ansatz in Höhe von 150.000 Euro für die Parkraumbewirtschaftung in der Goldgrube im Etat 2021 zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

P66Neu Neugestaltung EKZ Karthause Potsdamer Straße (Seite 763)

Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer (CDU) beantragt, Zahlungsmittel für die Anbringung von mobilem Grün im Rahmen der Feuchtigkeitsisolierung der Tiefgarage am Einkaufszentrum Karthause einzustellen.

Fraktionsvorsitzender Schupp (WGS) schließt sich diesem Antrag an.

Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann (SPD) erweitert den Antrag dahingehend, dass auch Planungsmittel für die Neugestaltung der restlichen Flächen des Einkaufszentrums etatisiert werden.

Baudezernent Flöck weist daraufhin, dass Geldmittel für die Wiederherstellung der Pflasterflächen im Rahmen der Feuchtigkeitsisolierung der Tiefgarage im konsumtiven Haushalt zur Verfügung stehen. Die Kosten für die Neugestaltung der Fläche mit Beeten, Kübeln etc. belaufen sich auf 200.000 Euro und die Umsetzung dieser Maßnahme muss über den Investitionshaushalt erfolgen, sodass hier die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen der

Unabweisbarkeit der Maßnahme dargelegt werden müssen. Dies kann allerdings derzeit nicht begründet werden.

Oberbürgermeister Langner schlägt vor, die zusätzlichen Haushaltsmittel von 200.000 Euro für die Anbringung von mobilem Grün mit folgendem Haushaltsvermerk im Etat 2021 zu versehen: Die Umsetzung der Investitionsmaßnahme steht unter dem Vorbehalt, dass die Unabweisbarkeit des Projektes begründet werden kann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

P671022 Stolzenfels - Ausbau Leinpfad, Seite 771

Fraktionsvorsitzender Schupp (WGS) beantragt, die Ansätze 2022 und 2023 um jeweils ein Jahr nach vorne zu ziehen.

Baudezernent Flöck weist daraufhin, dass diese Maßnahme bewusst nach zeitlich nach hinten verschoben wurde, da die Kapazitäten zur Umsetzung begrenzt sind.

Abstimmungsergebnis: keine Abstimmung

P67NEU Brücke Rheinlache Oberwerth, Seite 773

Ratsmitglied Altmaier (FW) beantragt die Einrichtung einer neuen Haushaltsposition für die Errichtung einer Brücke im Bereich der Rheinlache Oberwerth.

Baudezernent Flöck erläutert, dass im Zuge der neuen Mozartbrücke auch eine komplett neue Radwegeanbindung nach Oberwerth vorgesehen ist. Da sich die Mozartbrücke schon nah an der Rheinlache Oberwerth befindet, ist eine zusätzliche kostenintensive Brücke in diesem Bereich entbehrlich.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Teilhaushalt 11 – Zentrale Finanzleistungen

Keine Anträge

Wirtschaftspläne:

Oberbürgermeister Langner ruft die Beratung der Entwürfe der Wirtschaftspläne 2021 auf.

Forstwirtschaftliche Unternehmen der Stadt Koblenz

EB 17 / Kommunales Gebietsrechenzentrum Koblenz

EB 67 / Grünflächen- und Bestattungswesen

EB 70 / Kommunaler Servicebetrieb Koblenz

EB 83 / Rhein-Mosel-Halle

EB 85 / Stadtentwässerung

Zu den aufgerufenen Wirtschaftsplänen ergeben sich keine Änderungen.

Die Protokollführer:

Timo Müller

Teilhaushalt 5 „Sicherheit und Ordnung“,
Teilhaushalt 9 „Kultur“



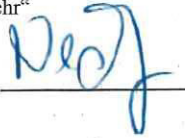
Lukas Scheid

Allgemeine Einführung,
Teilhaushalt 1 „Innere Verwaltung“,
Teilhaushalt 8 „Schulen“,
Teilhaushalt 10 „Bauen, Wohnen und Verkehr“



Martina Necknig

Teilhaushalt 1 „Innere Verwaltung“,
Teilhaushalt 2 „Bürgerdienste“,
Teilhaushalt 3 „Umwelt“,
Teilhaushalt 7 „Sport“



Yannick Benz

Teilhaushalt 4 „Wirtschaft“,
Teilhaushalt 6 „Soziales und Soziales“,
Teilhaushalt 10 „Bauen, Wohnen und Verkehr“



Jakob Löwen

Anwesenheit
Allgemeine Einführung,
Teilhaushalt 10 „Bauen, Wohnen und Verkehr“,
Teilhaushalt 11 „Zentrale Finanzleistungen“



Frank Böckling

Teilhaushalt 10 „Bauen, Wohnen und Verkehr“,
Wirtschaftspläne



Der Vorsitzende:



(Oberbürgermeister)

Koblenz, 21.01.2021